Erscheint [illegible]

V. b. b.

PROLETARIER ALLER LÄNDER VEREINIGT EUCH!

Arbeiter-Stimme

ZENTRALORGAN DER KOMMUNISTISCHEN PARTEI OESTERREICHS

(OPPOSITION)

10 Nummern S 1·50 (inkl. Postzustellung)
Oesterr. Postsparkassenkonto Nr 119471

Redaktion und Administration:
XVI., Kirchstetterngasse 19/10, Tel R-30-9-58

Preis 15 Groschen | November 1932 | 6. Jahrgang, Nr. 113

Schluß mit dem Koalitionsverrat!

Kampfeinheitsfront von SP, KP, Gewerkschaften gegen Faschismus, gegen Bourgeoisie! Arbeiter! Bildet überall Einheitskomitees!

Hageldicht sausen die kapitalistischen Hiebe gegen die Arbeiter. Wieder werden Tausende ausgesteuert. Wieder werden Tausende entlassen. Wieder werden Tausenden die Löhne gedrückt. All dies begleitet von blutigen Schlägen.

Die Arbeiter wehren sich tapfer. Hat diese Abwehr bisher Erfolg? Nein! Warum nicht?

Wer führt diese Abwehr? Die Sozialdemokratie. Sie führt den proletarischen Abwehrkampf von Niederlage zu Niederlage. Die am schwersten getroffenen Teile der Arbeiterschaft verzweifeln und werden, da die KP infolge der stalinschen Bankrottpolitik versagt, ein Opfer des Faschismus. So gewinnt der Nationalsozialismus an Boden. So verschiebt sich das Kräfteverhältnis der Klassen zum Nachteil der Arbeiter. So nähern wir uns jenem Gleichgewicht zwischen Proletariat und Faschismus, der es der schwarzgelben Konterrevolution ermöglicht, gestützt auf den staatlichen Machtapparat und den Heimwehrfaschismus, den papenschen Kurs in Oesterreich zu beginnen, ausgerichtet auf die Etablierung einer bonapartistischen Diktatur zur Restauration der Habsburger.

Alle Maßnahmen der schwarz-gelben Diktatur dienen dem doppelten Zweck, der Bourgeoisie über die Krise zu helfen auf Kosten der Arbeiter und zugleich der Restauration der Habsburger den Boden zu bereiten. Eine schwarz-gelbe Maßnahme jagt die andere, weitere werden folgen.

Was ist dagegen zu tun?

Als die Ernennung des schwarzgelben Heimwehrfaschisten Fey zum Sicherheitsminister bevorstand, schrieb die «AZ.» (16. Oktober): «Stünden wir einem Regierungssystem gegenüber, das sich in dieser Zeit der Not damit beschiede, alle lebendigen Kräfte des Landes zu ernster und sachlicher Arbeit an der Milderung des Elends, an der Eindämmung der Wirtschaftskrise und der Arbeitslosigkeit zusammenfassen, dann wäre es bloß eine Zweckmäßigkeitsfrage...»

Auf Simmering schwang Seitz eine mächtige Rede: «... Wenn... und wenn... dann...!» — Die «AZ.» (19. Oktober) unterstrich das Wortgerassel: «Klasse gegen Klasse! Bürgerblock gegen uns!» — «Vor einem Jahre haben die Herren, der Herr Dollfuß persönlich ganz besonders, anders geredet! Das Land stand in der schweren Krise nach dem Sturz der Credit-Anstalt. Die wirtschaftlichen und finanziellen Gefahren waren ungeheuer. Entschlüsse von schwerster Verantwortung mußten gefaßt werden. Da brauchten sie uns Sozialdemokraten! Da spielten sie die Republikaner, die Demokraten, die Männer der friedlichen Zusammenarbeit aller Klassen und Parteien, die Freunde des Zusammenwirkens mit der Sozialdemokratie! Jetzt glauben sie uns nicht mehr zu brauchen; so zeigen sie jetzt ihr wahres Gesicht. Jetzt brauchen sie ihren Klassenkampf gegen die Arbeiterklasse nicht mehr zu verhüllen und nicht mehr zu dosieren! Sie haben es — keine moralische Hemmung hat die Ehrenmänner daran gehindert — seit 1918 immer wieder so gemacht: wenn sie in der schlimmsten Not waren, dann appellierten sie an unsere Hilfe für die Rettung der Volkswirtschaft und Republik; sobald sie nur aus dem Schlimmsten heraus waren, gingen sie gegen die Partei der Arbeiter los — Klasse gegen Klasse! Sie geben so der Arbeiterklasse eine Lehre: ihr Verhalten ist Erziehung zum Klassenkampf! Sie haben ihn eröffnet (!!!). Wir werden uns zu wehren wissen.» Hier wird der Koalitionsverrat der SP für die Vergangenheit offen zugegeben und so gemacht, als sage sich die Sozialdemokratie von ihrer Verratspolitik für die Zukunft los.

Doch schon am nächsten Tag (20. Oktober) zeigt die «AZ.» den wahren Sinn des Wortgepolters: «Hätten die Leute, die uns regieren, nur eine Spur von Ernst, Gewissenhaftigkeit, Verantwortungsgefühl, so müßten sie angesichts des furchtbaren Ernstes der Lage in diesem Augenblick alle starken Kräfte des Landes zusammenzufassen suchen... In diesem Augenblick, der die Zusammenfassung aller Kräfte erfordert hätte...»

Blutige Hiebe sausen gegen das Proletariat, immer blutiger, immer tödlicher. Der «Kampf» der Sozialdemokratie dagegen besteht darin, daß sie derselben Bourgeoisie, die diese Blutoffensive gegen das Poletariat durchführen läßt und leitet, anbietet «die — Zusammenfassung aller Kräfte», die Koalition, das Bündnis, da, das ist das wahre Ziel der sozialdemokratischen Gesamtpolitik auch heute! Alle Anstrengungen der Arbeiter unterordnet die Sozialdemokratie diesem ihrem wirklichen politischen Ziel und führt so und muß so die Arbeiterschaft führen von Niederlage zu Niederlage.

Die blutigen Angriffe der Bourgeoisie auf das Proletariat sind handgreifliche Tatsache. Aber daß die Blutangriffe Erfolg haben, daß die Blutoffensive, die die Bourgeoisie vor allem mit ihren faschistischen Bluthunden vortreibt, immer weiter vordringt, immer weiter an Boden gewinnt, daß das Proletariat noch immer nicht imstande ist, dem Einhalt zu gebieten, noch immer nicht imstande ist, eine wirksame Abwehr dagegen zu organisieren, das hat seine **Grundursache in der Koalitionspolitik, in der sozialdemokratischen Politik,** die das Proletariat immer und immer wieder preisgibt, verrät, die Anstrengungen der Arbeiter zur wirksamen Abwehr lähmt, durchkreuzt.

Auch die «rote Aktion der sozialdemokratischen Jungfront» bewegt sich so wie alles, was die Sozialdemokratie tut, auf der Linie, das Bündnis mit der Bourgeoisie herzustellen, dient also nur dazu, den Arbeitern, vor allem den Jungarbeitern, vorzutäuschen, als ob die SP einen ernsten Kampf gegen die Bourgeoisie wolle.

Solange die Arbeiter ihre Kampfanstrengungen drehen lassen um die Koalitionspolitik, also um die sozialdemokratische Politik als Achse, so lange ist und bleibt dem Kampf der Arbeiterklasse der Erfolg versagt. Gegen Wölfe kann nicht wirksam kämpfen, wer den Kampf gegen sie führt auf der Linie, das Bündnis mit den Wölfen herzustellen. **Um gegen Wölfe wirksam kämpfen zu können, muß man in den eigenen Reihen Schluß machen, grundsätzlich Schluß machen mit allem und jedem, der, aus welchem Grund immer, unter welcher Form immer anstrebt das Bündnis mit den Wölfen!**

Die erste Voraussetzung, um wirksam gegen die Bourgeoisie kämpfen zu können, die Grundbedingung um eine Wendung für die Arbeiterklasse einzuleiten, ist der grundsätzliche Bruch mit jeder Art von **Koalitionspolitik, mit jeder Art von «Zusammenfassen der Kräfte»,** sei es auch «im Interesse der Wirtschaft und des Landes». Die erste Voraussetzung, um sich des Faschismus, um sich der Offensive der Bourgeoisie zu erwehren, die Grundbedingung, um dem Kampf der Arbeiterklasse die Möglichkeit des Erfolges, den Weg zum Sieg zu eröffnen, ist der **grundsätzliche Bruch mit der sozialdemokratischen Politik.**

Den Bankrott der sozialdemokratischen Politik als Tatsache durchblicken die Arbeiter immer mehr. Die Grundursache dieses Bankrotts erkennen die Arbeiter nur langsam. Aber unter der Wucht der blutigen Schläge, die die Bourgeoisie mittels des Faschismus gegen die Arbeiter führt, wird der Drang nach der **Einheitsfront** in der Gesamtarbeiterschaft immer stärker. Die Sozialdemokratie kommt diesem richtigen Streben der Arbeiter schlau entgegen: der Form nach, dem Schein nach — ohne an ihrer Grundlinie des «Zusammenfassens aller Kräfte» auch nur eine Sekunde das Geringste zu ändern. Die Kommunistische Partei weiß dazu ab und zu manch richtiges Wort der Kritik zu sagen. Das ist aber auch alles. Im ganzen erschwert sie mit ihrer stalinschen Verworrenheit den nach Selbstverständigung ringenden Arbeitern die Klärung. Insbesondere ihre Aktion, mißgeleitet von der stalinschen Charlatanpolitik, bewegt sich auf einer Linie, die die Massen immer wieder abstößt und so der Sozialdemokratie das Spiel erleichtert und — dem Faschismus.

Die Sozialdemokratie spricht mit dem Munde von Einheitsfront des Proletariats und will in Wirklichkeit die Koalition, die Einheitsfront mit der Bourgeoisie.

Der Stalinismus will die proletarische Kampfeinheitsfront, aber er sabotiert die

Unterstützt die Aktion der KP, des ZAK gegen die Arbeitslosigkeit, für die Arbeitslosen!

Politik, die allein sie verwirklichen kann, die leninsche Einheitsfronttaktik. Die «rote» Einheitsfronttaktik Stalins macht dem sozialdemokratischen Verrat die Mauer, sie ermöglicht der Sozialdemokratie die Fortsetzung ihrer Verratspolitik.

Die Grundaufgabe, vor der die Arbeiteschaft steht, um die Bourgeoisie wirksam bekämpfen zu können, ist die Herstellung der Einheitsfront der Gesamtarbeiterschaft zum Kampf gegen Faschismus, gegen die Bourgeoisie. Die Sozialdemokratie lehnt den Kampf gegen die Bourgeoisie grundsätzlich ab: die Sozialdemokratie «kämpft» gegen den Kapitalismus auf der Grundlinie, das Bündnis mit der Bourgeoisie herzustellen . . . Die Kommunistische Partei allein kämpft ernstlich gegen die Bourgeoisie. Doch gegen die Bourgeoisie mit Erfolg zu kämpien ist nur möglich durch Zusammenfassen der Millionenmassen zum Kampf. Der Stalinismus macht die KP gerade noch fähig zum Wählerfang, aber er macht sie unfähig, die Millionenmassen zum außerparlamentarischen Kampf zu sammeln, zu mobilisieren, zu führen.

Von der Sozialdemokratie verraten, von der KP infolge der stalinschen Charlatanpolitik im Stich gelassen, müssen die Arbeiter die Grundaufgabe, vor die die tödlich wachsende faschistische Gefahr sie stellt, selbst lösen: die Arbeiter müssen die proletarische Einheitsfront, müssen das **Zusammengehen von SP, KP, Gewerkschaften** zum Kampf gegen den Faschismus, zum Kampf gegen die Bourgeoisie **erzwingen!**

Die Arbeiter müssen aus ihrer Mitte überall Komitees bilden, Einheitskomitees, die zum nächsten Programm haben die Herstellung der proletarischen Kampfeinheitsfront, die Einheitsfront von SP, KP, Gewerkschaften zum Kampf gegen den Faschismus, zum Kampf gegen die Bourgeoisie.

Falsche Taktik

Wie in der Gesamtpolitik so handelt die Stalin-Bureaukratie auch im Arbeitslosenkampf nach der grundfalschen, aber echt stalinschen Losung «Die Sozialdemokratie ist der Hauptfeind». Statt die Aktion der Arbeitslosen in erster Linie und vor allem gegen die Bourgeoisie zu richten, spitzt die Stalin-Bureaukratie den Kampf der Arbeitslosen in erster Linie zu gegen Seitz, gegen die Sozialdemokratie. Diese grundfalsche Taktik erschwert der KP die Mobilisierung der Arbeiter, ermöglicht es der SP die sozialdemokratische Verratstaktik zu verhüllen und die Kommunisten zu verleumden, schwächt also den Kampf der Arbeitslosen.

Bauers Wandlung

Nein, Bolschewik, das war er wahrhaftig nie, das ist er beileibe nicht, da spricht Otto Bauer die reinste Wahrheit. Immerhin vor 14 Jahren war er kleinbürgerlicher Demokrat — wie er sagte —, «weil die Demokratie der beste Weg zum Sozialismus». Seitdem die Tatsachen Bauers «Weg zum Sozialismus» so grausam als Weg zum Faschismus entlarvten, hat sich Otto Bauer gewandelt. Jetzt ist er Demokrat «um der individuellen geistigen Freiheit willen». Die Individualität Bauers in Ehren, die Antwort, wie die Massen dabei zum Sozialismus kommen, ist Bauer noch schuldig. Bauer haßt nach wie vor den Kapitalismus mit unauslöschlichem Haß. Dieses schöne Gefühl hindert ihn aber ganz und gar nicht, unentwegt die «Zusammenfassung aller Kräfte» anzustreben, die Koalition, das Bündnis mit der Bourgeoisie, die nicht im Traum daran denkt, den Kapitalismus um der schönen Augen Otto Bauers willen aufzugeben. In diesem Punkt der «Zusammenfassung aller Kräfte», der Koalition, dem Bündnis mit der Bourgeoisie, ist und bleibt Bauer unwandelbar der unwandelbare Kleinbürger, der unter hochtrabenden «wenn und wenn und wenn und wenn» verbirgt, daß sein Ziel ist und bleibt, Arm in Arm mit der Bourgeoisie den «Sozialismus» zu verwirklichen — den Sozialismus nämlich für die Bourgeoisie und die sozialdemokratische Bürokratie.

Zeichnet PRESSFOND!

Zum Sozialismus durch Einheitsfront

Wahlaufruf der deutschen Linksopposition an die Arbeiter Deutschlands

In wenigen Tagen werdet Ihr wieder zur Wahl gehen, zum 5. Male in diesem Jahr. Besser als alle marxistischen Theoretiker hat Euch die Geschichte dieses Jahres bewiesen, daß man mit Wahlen gar nichts ändern kann. Papen war bei den Wahlen ungeheuer schwach, aber er sitzt an der Macht. Ihr habt immerfort bei den Wahlen «gesiegt». Aber das Joch der Ausbeutung und Unterdrückung ist nur schwerer geworden. Hitler wird bei diesen Wahlen verlieren. Damit wird er keineswegs aufhören, eine Gefahr für die Arbeiterklasse zu sein. **Die Wahlen sind eine Demonstration,** nichts weiter. **Die Entscheidung fällt einzig und allein im außerparlamentarischen Kampf, wie Euch die Kommunisten immer gesagt haben.**

Die Wahlen müssen aber jeden Arbeiter veranlassen, Einkehr zu halten, und die von den Arbeiterparteien eingeschlagenen politische Wege auf ihre Richtigkeit zu überprüfen. Daß nur der Sozialismus die Arbeiterklasse, ja die Menschheit retten kann, das ist angesichts der ungeheuren Krise der kapitalistischen Welt, angesichts des **15jährigen Bestehens der Arbeitermacht in der USSR so zwingend geworden, daß nicht** nur die reformistischen Scheinsozialisten, **die Wels und Leipart, sondern sogar die grimmigsten Feinde des Sozialismus und** der Arbeiterklasse, die Hitler, Straßer, Schleicher, **genötigt sind, sich ein sozialistisches Mäntelchen umzuhängen. Aber wie zum Sozialismus kommen?**

Es sind jetzt gerade 14 Jahre her, daß Euch die Reformisten versprochen haben, Euch auf dem Wege der bürgerlichen Demokratie in den Sozialismus hineinwachsen zu lassen. Die Bilanz dieser 14 Jahre ist recht traurig. Nicht zum Sozialismus sind wir gekommen, sondern die Demokratie ist auf diesem Wege bereits zum größten Teil verloren gegangen. Die deutsche Arbeiterklasse, statt in den Sozialismus einzutreten, nagt am Hungertuch der Notverordnungen, ist von dem Häuptling der Potempaer Mörder Adolf Hitler einerseits, von dem degenerierten Hohenzollern-Kronpeinzen anderseits, ist mit der Zerstörung aller ihrer Organisationen, mit dem Verlust ihrer letzten Rechte bedroht. Die 14 Jahre haben bewiesen, daß derjenige, der sich scheut, die demokratische Fessel für das Proletariat im gegebenen Moment zu sprengen, zur Verräter am Proletariat, zum Knecht eines Hindenburg werden muß, daß der Weg der Kommunisten, der Weg der Revolution, der Weg der Diktatur des Proletariats der einzige Ausweg ist.

Wir rufen alle fortgeschrittenen Arbeiter auf, diese Erkenntnis am 6. November dadurch zu bekunden, daß sie KPD Liste 3 wählen.

Die Erfahrung von 1918 und seit 1918 lehrt uns, der der Reformismus und jegliche prinzipielle Zugeständnisse an den Reformismus nur zu Niederlagen führen können, daß das Proletariat nur unter Führung einer Kommunistischen Partei kämpfen und siegen kann. Sie lehrt uns aber noch ein zweites: Sie lehrt uns, daß diese Kommunistische Partei nur siegen kann, wenn sie sich mit den Massen verschmilzt, wenn sie die Mehrheit des Proletariats um sich sammelt. Der isolierte kleine Spartakusbund konnte 1918 die Entscheidung nicht erzwingen. Heute gibt es zwar keine millionenstarke KPD, aber leider ist diese einzige revolutionäre Partei des deutschen Proletariats durch die Politik der letzten neun Jahre, trotz aller Wahlerfolge, trotz großer Mitgliederzahlen, in einer nicht weniger verhängnisvollen Isolierung von den ausschlaggebenden Teilen des Proletariats, den Betriebsarbeitern. Das hat der 20. Juli bewiesen. **Das beweist die Offenheit, mit der die** Bourgeoisie es sich leisten kann, ihre Gegensätze auszutragen. Dagegen sprechen auch nicht die letzten Streikkämpfe, von denen nur ein ganz kleiner Teil von der **KP geführt war.**

Diese selbstverschuldete Schwäche der revolutionären Partei hat schon zu verhängnisvollen Niederlagen geführt. Aber noch ist es Zeit zur Umkehr, noch ist die Entscheidungsschlacht nicht geschlagen, **noch stehen die proletarischen Organisationen unversehrt. Glaubt nicht, was Euch die** Bürokraten der Komintern, **was Euch SAP** und Leninbund sagen: noch ist die faschistische Diktatur nicht aufgerichtet, noch ist die entscheidende Niederlage nicht erlitten, **noch stehen die größten Kämpfe bevor.** Wer Euch heute lehrt, die faschistische Diktatur sei errichtet, der hat nie verstanden, was Faschismus ist. Der kann die ohne eigene Massenbasis, nur durch das Gleichgewicht der feindlichen Kräfte — Faschismus und Proletariat —, bestehende bonapartistische Diktatur der Papen-Schleicher nicht von der kleinbürgerlichen Massenbewegung Hitlers unterscheiden, der übersieht die Kraft der noch bestehenden Organisationen des Proletariats, der verkennt die hoffnungsvollen Zeichen der neuen Streikwelle, der macht sich, ob er will oder nicht, mitschuldig an einer kampflosen Kapitulation der Arbeiterklasse.

Die Niederlage kann vermieden, Papen vertrieben, Hitler geschlagen, der sozialistische Sieg kann errungen werden unter zwei Voraussetzungen: das Proletariat muß den Weg des außerparlamentarischen Kampfes beschreiten. Um auf diesem Wege erfolgreich zu sein, muß die **Einheitsfront** des Proletariats hergestellt werden.

Die KPD als die berufene Führerin des deutschen Proletariats muß die Initiative zur Herstellung der Einheitsfront ergreifen. Der «Vorwärts», derselbe «Vorwärts», der die Einheitsfront hundertmal sabotiert hat, darf nicht länger täglich erklären dürfen, er wolle die Einheitsfront, ohne daß die KP ihn beim Wort nimmt. Ohne eine solche leninsche Einheitsfronttaktik wird es — das beweisen die Erfahrungen der letzten vier Jahre deutlich genug — nicht möglich sein, die reformistischen Massen zur Aktion zu bringen und von ihren sabotierenden Führern zu trennen. Sich durch die Tatsache, daß die Politik der SPD die Hauptschuld am Wachstum des Faschismus trägt, von dieser Einheitsfronttaktik abhalten zu lassen, heißt übersehen, daß diese fälschlich «sozialistisch» genannte SPD jetzt selbst vom Faschismus am Leben bedroht wird, heißt übersehen, daß ihre Mitglieder noch den verräterischen Führern folgen.

Im Kampf um welche Ziele muß die Einheitsfront geschmiedet werden?

1. Gemeinsamer Kampf gegen den Lohnraub unter Führung gewählter Streikleitungen. Um den Kampf wirksam führen zu können, ist notwendig die Wiederherstellung der **Gewerkschaftseinheit,** d. h. die KPD erklärt sich bereit, bei Wiederaufnahme der Ausgeschlossenen ihre RGO und eigene Verbände in einer innergewerkschaftliche Opposition zu verwandeln.

2. Kampf gegen jeden Abbau der Erwerbslosenunterstützungen und sonstiger sozialer Rechte, für Wiedereinstellung der Erwerbslosen in die Betriebe durch die 40-Stundenwoche mit vollem Lohnausgleich, durch einen **gemeinsamen Wirtschaftsplan** mit der USSR.

3. Aus dem Kampf gegen den Lohnraub, gegen Betriebsstillegungen, für Arbeitsbeschaffung, für Wirtschaftsplan mit der USSR erwächst die Forderung nach dem Recht der **Kontrolle der Produktion** durch die Organe der Arbeiterklasse.

4. Mit dem ökonomischen muß einhergehen der politische Kampf. Jedes geringste der verstümmelten und schwer bedrohten Rechte der Arbeiterklasse: **Presse-, Versammlungs-, Koalitions-, Demonstrationsfreiheit muß gemeinsam erbittert verteidigt** werden.

5. **Gegen den faschistischen Terror ist erhöhte** Wachsamkeit am Platz. Sofortige Bildung **gemeinsamer** Abwehrstaffeln.

6. Der gemeinsamen Aktion müssen neue Formen gegeben werden. Arbeiterkomitees, **Kartelle aller Arbeiterorganisationen in jedem Ort, in jeder Fabrik, in jeder Stempelstelle bis hinauf zu den Spitzen.** Ohne geeignete organisatorischen Rahmen verläuft der beste Kampfwille im Sande. Ein **gemeinsamer Kongreß** der Betriebsräte und **Kampfkomitees muß die Kräfte des Proletariats sammeln,** seinen Willen zu Wort kommen lassen, dem überlebten Parlament das **Parlament der Arbeiterklasse,** der erstrebten Konzentration der Reaktion die **Konzentration des Proletariats** entgegensetzen.

Die Wahlen stellen auch jeden vor die Frage des Krieges. Der Krieg gegen die Sowjetunion wird immer drohender. Aufrüstungsfreunde von Epp über Stülpnagel und Schleicher bis Ebert jr. und Mayr präsentieren sich, der nationale Verzweiflungswahn hat nicht nur die SPD erfaßt, sondern ist mit dem «Befreiungsprogramm» sogar in die Reihen der KPD eingedrungen. Aber nicht der imperialistische Krieg, sondern der Bürgerkrieg gegen diesen, nicht die «nationale Befreiung» Deutschlands, sondern internationale Revolution und Aufrichtung der Vereinigten Sowjetstaaten von Europa liegt im Interesse des Proletariats.

So heißt es an die Wahlen herangehen. **Die Lehren der Vergangenheit ziehen,** alle Kräfte auf die Entfachung des außerparlamentarischen Kampfes und die Bildung der Einheitsfront konzentriert. Damit können wir keinen Tag warten. Nach dem 6. November plant die Reaktion neue Kombinationen, neue Schläge. Die Stunde der Entscheidung rückt heran. Es heißt gerüstet sein.

Für die Einheitsfront des Proletariats! Gegen Lohn- und Unterstützungsraub und faschistischen Terror!

Für die Reform, für die Einheit, für den Sieg der KPD!

Für die Verteidigung der USSR!

Für die Aufrichtung der Vereinigten Sowjetstaaten von Europa!

*

Der furchtbare Bankrott der SPD und die Enttäuschung breiter Teile der Nazigefolgschaft, wird der KPD große Wählermassen zuführen und das ist gut. Doch gerade der große Stimmen- und Mandatszuwachs wird erst recht noch krasser als bisher zeigen, wie der Stalinismus die KPD in Wirklichkeit zu politischer Impotenz verdammt, und wird so die Sammlung der besten Elemente der KPD erleichtern zum leninschen Gesundungskampf unter Führung der Linksopposition.

Widerspruch über Widerspruch

«Wie konnte es in der deutschen Republik überhaupt so weit kommen?» fragt die «A.-Z.» (27. Okt.) und antwortet: «Weil die Arbeiterklasse nicht zu selbständiger Gegenwehr gerüstet war». Mit Verlaub, wer hat die Arbeiterklasse verhindert? Wer anders, als die Sozialdemokratie, die die «10jährige, opfervolle, aufreibende Arbeit im Dienste des (kapitalistischen) Staates geleistet», das heißt die Arbeiterklasse an die Bourgeoisie die ganzen Jahre hindurch verraten hat und diesen Verrat auch heute fortsetzt. Was hat die Sozialdemokratie den Arbeitern von der Macht des «eisernen» Severing vorgeschwindelt, jetzt sagt sie, als ob nichts geschehen wäre, «hinter den sozialdemokratischen Ministern stand keine wirkliche Macht». Das hindert aber die sozialdemokratischen Minister nicht, sich ruhig, als ob nichts geschehen wäre, in den Ministersessel zu setzen und das «reibungslose Zusammenarbeiten» mit der Papen-Regierung zu suchen. Der Gegensatz zwischen der wirklichen Politik der SP (ihrer Politik der Zusammenarbeit mit der Bourgeoisie) und der Politik, die die SP zur Täuschung der Massen vorschwindelt, wird immer schärfer und zwingt die sozialdemokratische Presse zu immer größeren Bocksprüngen und Widersprüchen. Was sie früher gepriesen, **muß sie heute verdammen,** zum Schein natürlich, nur auf dem Papier. Das war auch früher so, doch jetzt muß sie all dies so rasch hintereinander tun und so oft, daß die innere Haltlosigkeit der sozialdemokratischen Politik immer **krasser zutage tritt.**

Neuer Sündenbock

Stalins Charlatanpolitik führt immer wieder Niederlagen herbei für die Arbeiterschaft, für die Kommunistische Partei. Um die Schuld von sich zu schieben, opfert Stalin alle paar Monate einen Sündenbock, dem er dann die Schuld für all das, was Stalin selbst mit seiner jämmerlichen «Grundlinie» verbrochen hat, aufhalsen läßt. Zum Beispiel: Wer ist der Vater der blödsinnigen Losung, die vor Jahren in Deutschland gepredigt wurde, die faschistische Diktatur sei bereits da, der Kampf gehe nicht mehr um die Verhinderung, sondern nur noch um den Sturz der faschistischen Diktatur? Nun, niemand anderer als Stalin selbst. Jetzt läßt der Schwindler verbreiten, diesen Blödsinn habe Heinz Neumann erfunden. Windbeutel Heinz Neumann hat dem Charlatan Stalin einfach nachgeplappert, das ist seine wirkliche Schuld. Aber der Erfinder des Blödsinns ist und bleibt Stalin. Auch in Oesterreich wurde dieser Unsinn verzapft. War vielleicht auch in Oesterreich Heinz Neumann der Erfinder? Hier haben den stalinschen Blödsinn jahrelang nachgeplappert die Schüller, Koplenig & Co. und haben alle Parteimitglieder, die gegen den Blödsinn auftraten, als «Konterrevolutionäre» ausgeschlossen.

Wenn schon Sündenböcke, so müßte eigentlich auch in Oesterreich ein Sündenbock geopfert werden. Denn Toman hat manchen Unsinn am Gewissen, aber diesen stalinschen Blödsinn nachzuplappern, war Toman — gegen seinen Willen — verhindert.

Ueberhaupt schuld daran, daß die KPD außerparlamentarisch nicht an die Massen herankommt, ist beileibe nicht Stalins «rote» Einheitsfronttaktik, sondern Heinz Neumann ist schuld, daß die «rote» Einheitsfronttaktik nicht zum Erfolg führte. So läßt der Gaukler Stalin verbreiten. «Heinz Neumann hat die Wendung der Parteiarbeit zur verstärkten proletarischen Massenarbeit gestört,» schreibt die «Rote Fahne». So schiebt Stalin seinem Unterschapsel Heinz Neumann die Schuld daran zu, daß die KPD außerstande ist, die Massen außerparlamentarisch zu mobilisieren.

Der Stalinismus, gerade noch ausreichend zum Wählerfang, erweist sich immer und immer wieder als untaugliches Mittel zur Massenmobilisierung. Aber ein neuer Wählerfang steht vor der Tür. Die KPD wird an Stimmen und Mandaten in der kommenden Wahl zunehmen — das ist Stalins «stürmischer Vormarsch» — das schwindelt Stalin flugs als Eroberung der Massen vor, opfert schnell den Sündenbock Heinz Neumann, wäscht seine verbrecherischen Hände in Unschuld und bekränzt sich die Stirne mit den gewonnenen Stimmzetteln. Die Freude über den Wählerfang wird sehr kurz dauern. Gerade im Licht des großen Stimmenzuwachses wird sich die außerparlamentarische Impotenz des Stalinismus noch viel deutlicher zeigen. Die stalinsche Sündenbocktaktik geht ihrem Ende entgegen. Als letzter Sündenbock allerdings wird Stalin selbst geopfert werden müssen, für eigene Schuld, für seine bankrotte «Generallinie», für sein niederträchtiges, die Partei und die proletarische Revolution zugrunde richtendes Parteiregime, damit der Weg frei werde zur leninschen Gesundung von Partei, Komintern, Sowjetmacht.

Die Stalinisten und der Planet ohne Visum*)

a) Ein Schildbürgerstreich oder das bewilligte aber nicht gegebene Visum

In den letzten Monaten wußte die bürgerliche Weltpresse zu berichten, die tschechoslowakische Regierung habe dem Genossen Trotzki einen kurzfristigen Aufenthalt in einem slowakischen Badeort bewilligt. Sollte es also auf diesem Erdball doch noch ein Visum geben für den «ewigen Revolutionär»? Man hatte alles Recht, auf diese verheißungsvolle demokratische Lehre begierig zu sein. Zwar handelte es sich nicht um das in den großen Charten der bürgerlichen Demokraten feierlich verkündete Asylrecht, sondern lediglich um einen Kuraufenthalt von wenigen Wochen. Aber selbst eine so bescheidene Lehre mußte Interesse hervorrufen in einer Zeit, wo die herrschenden Klassen mehr als einer Nation den demokratischen Plunder in den letzten Winkel ihrer politischen Rumpelkammer verstauen. Hatte doch sogar eine solche Säule des masarykschen humanistisch-demokratischen Muckertums wie Klofatsch, der Vorsitzende der Partei der tschechischen Sozialisten (Beneschpartei) auf dem letzten Parteitag von einer «starken», einer «autoritären» Demokratie geschwärmt, wobei ihm die höhere Gestalt des preußischen Feldmarschalls, des Helden vom Paragraph 48 vor Augen schwebte. Wie dem auch sei, für diesmal schienen die 7 Ministersozialisten sich den erhabenen Vorsatz gestellt zu haben, die vom übrigen Planeten verschmähten demokratischen Lorbeeren für sich zu erringen. Allerdings hatte sie in bezug auf die Mühen, die dieses ruhmvolle Verdienst beanspruchen sollte, ihre eigenen geheimen Hoffnungen. Im Frühling d. J., als — ob dieses gewagten Experiments — die ersten Wolken des Protestgewitters auf dem tschechoslowakischen Pressehimmel heraufzogen, sah sich das «Pravo Lidu», Organ der sozialdemokratischen Minister, gezwungen, den Schleier über den wirklichen Berechnungen der Idealisten vom Ministerfauteuil ein wenig zu lüften. Es hieß dort tröstend, Trotzki werde wohl die Erfüllung der von der tschechoslowakischen Regierung geforderten Formalitäten (Durchreisevisa usw.) solche Schwierigkeiten bereiten, daß die praktische Ausnützung der «Bewilligung» automatisch in Wegfall kommen werde. In der Tat, die formellen und politischen Bedingungen der tschechoslowakischen Regierung, die jetzt den Genossen der Linken Opposition zur Verfügung gestellt wurden, um die Verleumdungen der Stalinisten ins rechte Licht zu rücken, machen dem tschechoslowakischen Staatsmanntyp alle Ehre. Hier feiert die stets altösterreichische Polizeihuttelei Vermählung mit jenem vielgerühmten tschechoslowakischen «Yankeetum» des kräftigen Ellbogens, das nur schlecht den Provinzparvenu verbirgt, der noch 1917 von der «Freiheit» unter der Knute eines Romanow geträumt hatte und dem unversehens ein Gnadenplätzchen an der «demokratischen» Sonne Europas zugefallen war.

Die Hoffnungen des «Pravo Lidu» und seiner Gebieter schienen indes nicht in Erfüllung zu gehen. Wo die tschechoslowakische Regierung soviel demokratisches Feuer bewiesen, wollte keine andere Regierung sich mit der Rolle des antidemokratischen Lückenbüßers belasten. So hieß es denn für die Herren eine kleine Abzahlung auf ihre uneigennützigen Gesten zu entrichten. Sie erteilten, nachdem sie ein Jahr lang auf der Stelle getreten, die Bewilligung zur Einreise. Was dann folgte, ist bekannt. Beim ersten Grollen jenes Unwetters von Haß und Geifer, das auf den Kämpfer des Russischen Oktober, auf den Schöpfer der Roten Armee niederprasselte, zog die Regierung schleunigst den Schweif ein, dämpfte sie flugs ihren demokratischen Bekehrungseifer. Aber hatte sie nicht bereits das Visum bewilligt? Nun, man wußte sich rasch zu helfen: Aus dem Ja machte man einfach ein Nein und verweigerte einfach zu geben, was bereits feierlichst erteilt worden war. So erwies sich die Großtat der tschechoslowakischen Demokraten über Nacht als simple Schildbürgerei.

b) Ein Pakt: aber wessen und mit wem?

Auf tönernen Füßen ruhend erwiesen sich nicht nur die Prinzipien der tschechoslowakischen Demokratie. Auf tönernen Füßen erwiesen sich zugleich alle Verleumdungen, alle Fälschungen der tschechoslowakischen Bürokratie. Wieder hat es sich mit voller Deutlichkeit gezeigt, wie die Logik der Dinge die Stalinisten in ihrem Kampfe gegen die Bolschewiki-Leninisten in eine Front drängt mit den Bourgeoisfraktionen, wie die Interessen der Stalinbürokratie in Widerspruch geraten mit den Interessen des proletarischen Klassenkampfes.

Die Stalinisten schrien auch diesmal vom «Wohlwollen» der bürgerlichen Welt für den «Konterrevolutionär» Trotzki. Die amerikanischen Stalinisten gingen sogar weiter und verliehen dieser Verleumdung den Charakter nicht nur einer politischen Wertschätzung, sondern den einer realen Tatsache: Trotzki komme in die Tschechoslowakei auf Grund eines Blocks mit den Skodawerken und dem in Prag wohnenden Kerenski zum Zwecke des Kampfes gegen die Sowjetunion! Wenn indes auch weiterhin für Trotzki der Planet ohne Visum bleibt, so ist dies nicht nur ein Ergebnis der Feindschaft und Furcht der Bourgeoisie gegenüber der Idee der «Permanenten Revolution», sondern auch unmittelbares Resultat eines praktischen Blocks der Stalinisten mit den bürgerlichen Regierungen, der verhindern soll, daß Trotzki auch nur einen Augenblick das «Asylrecht» der kemalistischen Diktatur entbehre. Es ist bekannt, daß die Regierung des Sozialdemokraten Hermann Müller im Jahre 1929 die Verweigerung der Einreisebewilligung für Trotzki mit der Besorgnis begründete, die freundschaftlichen Beziehungen zwischen Deutschland und der russischen Regierung, d. h. der Stalinfraktion, könnten beeinträchtigt werden. So half Stalin den «Sozialfaschisten», jenes Recht der Weimarer Verfassung (Gewährung des Asylrechtes für politische Gegner) mit Füßen zu treten, das der Bourgeoisie gegenüber zu verteidigen die Pflicht jedes proletarischen Revolutionärs ist.

Als vor fast zwei Jahren Herr Lerroux im ersten Taumel des «Radikalismus» erklärte, er würde als spanischer Außenminister sich für eine Einreisebewilligung für Trotzki aussprechen: als ihm Gelegenheit geboten wurde, seine guten Vorsätze auszuführen, da meldeten Berliner Blätter aus zuverlässiger Quelle, bei den Besprechungen zwischen der Sowjetdelegation und den spanischen Stellen habe sich ein direkter Zusammenhang zwischen dem Ausmaß der möglichen Handelsbeziehungen mit Rußland und einer Bewilligung oder Verweigerung des Visums für Trotzki ergeben. So beteiligten sich auch in Spanien die Stalinisten an der «freisinnigen» Anwendung der demokratischen Rechte. Auch im Frühjahr d. J. wußten gut eingeweihte Beobachter zu berichten, der Pariser Sowjetbotschafter Dowgalewski habe bei den ersten Besprechungen dem neuen Premier, Herriot, nahegelegt, doch die leidige Angelegenheit des tschechoslowakischen Visums für Trotzki mit dem tschechoslowakischen Außenminister zu «erledigen», denn eine Bewilligung würde, bei der Abhängigkeit der Tschechoslowakei von der französischen Regierung, auch dieser «Unannehmlichkeiten» bereiten können.

(Fortsetzung folgt.)

*) Aus der «Permanenten Revolution».

Am neuen Wendepunkt: Die Krise der Sowjetwirtschaft und die Wege ihrer Ueberwindung

(Schluß.)

Die «Smytschka» zu sichern vermag nur der geregelte, normale, für beide Seiten günstige Warenaustausch zwischen Stadt und Land, zwischen Industrie und Landwirtschaft. Ob dieser Austausch streng äquivalent (gleichwertig) sei (im Marxschen Sinne des Wortes), ob und wieviel er von der Aequivalenz abweichen wird — dabei brauchen wir hier nicht zu verweilen. Die Frage steht praktisch nicht so. Der Bauer muß für sein Brot Industriewaren erhalten, unter Bedingungen, die nicht schlechter sind als diejenigen, welche unter dem Kapitalismus bestanden. Das ist die unterste Grenze der «Smytschka». Selbstverständlich wird diese viel fester und zuverlässiger sein, wenn die Sowjetindustrie beginnen wird, dem Bauern für sein Brot Waren zu liefern, unter Bedingungen, die nicht nur günstiger sind als im vorrevolutionären Rußland, sondern auch günstiger als auf dem heutigen Weltmarkt. Von diesem Augenblick an werden die Beziehungen zwischen Stadt und Land, zwischen Arbeitern und Bauern ernsthaften Schutz gegen den Weltkapitalismus besitzen — nicht nur durch das Außenhandelsmonopol und die Rote Armee, sondern durch den eigenen ökonomischen Vorteil, der wichtiger ist als alles andere.

So haben wir linken Oppositionellen stets das Problem der «Smytschka» aufgefaßt. Darum haben wir seinerzeit der leeren Losung «mit dem Gesicht zum Dorf» die ernste wirtschaftliche Losung «mit der Industrie zum Dorf» entgegengestellt. Darum haben wir das Problem der Schere der industriellen und landwirtschaftlichen Preise stets an die erste Stelle vorgeschoben. In der Oeffnung der Schere sahen wir das wichtigste Merkmal für die Erfolge und Mißerfolge der Sowjetwirtschaft und sogar für die Festigkeit des gesamten Gebäudes der Diktatur. Wir kehren zu diesen ABC-Fragen zurück, weil sie gegenwärtig bewußt aus dem Gedächtnis der Partei ausgetrieben werden. Indessen sind alle unsere Genossen völlig einversanden, daß das Problem der «Smytschka» jetzt unter allen Umständen in den Vordergrund geschoben werden muß. Die tatsächliche Verwirklichung der «Smytschka» würde die Beseitigung des Zwanges auf dem Gebiete der ökonomischen Beziehungen zwischen Stadt und Land bedeuten. Die Aufgabe besteht darin, daß es für die Bauernschaft vorteilhaft wird, möglichst viel zu produzieren und möglichst viel von ihren Waren zu ersparen, damit sie die Möglichkeit bekommt, sie zu verkaufen, das heißt sie gegen Erzeugnisse der Staatsindustrie einzutauschen.

Die Festigung der «Smytschka» müßte automatisch die Lebensmittellage der Städte verbessern, von dem Dorfe selber schon nicht zu reden, in ihrem Wesen behält die Frage der «Smytschka» (oder in umgekehrter Form — die Frage der Schere) ihre volle Kraft, sowohl in bezug auf die individuellen Bauernwirtschaften als auch auf die Kollektiven.

Die durchgemachte Erfahrung ist vollkommen ausreichend, um über ihre Ergebnisse nachzudenken und eine ganze Reihe von Grundfragen neu aufzurollen. Die Führung verbietet, das Problem der «Smytschka» in der allgemeinen Form zu stellen; da aber der Lebensmittelmangel das ganze Wirtschaftsleben an der Gurgel hält, ist sie gezwungen, so oder so eine praktische Antwort zu geben. Sie hat sich dabei gänzlich auf den Weg einzelner Flickereien und Linderungsmittel begeben.

In den Betrieben hat man angeordnet, den Weg der Selbstversorgung zu beschreiten: eigene Gemüsegärten, eigene Schweine-, Kaninchen-, Hühnerzucht anzulegen. Anderseits ist in denselben Betrieben angeordnet, neben ihrer Hauptproduktion, Waren des allgemeinen Gebrauchs außer Plan herzustellen. Die Fabrikdirektoren, das technische Personal und die kommunistischen Zellen müssen sich jetzt am meisten wohl darüber den Kopf zerbrechen, wie man, bei gegebener Hauptproduktion, eine zweite — im gewissen Sinne parasitäre Produktion — schaffen soll. Die Automobilfabrik stellt Löffel und Gabeln her oder aber Kleiderbürsten, Beile u. a. m.

Diese beiden neuen Gebiete der Wirtschaft: die «eigene» Landwirtschaft bei der Industrie und die parasitäre Industrie bei der Hauptproduktion, werden nicht nur außerhalb des Planes geführt, sondern untergraben offensichtlich seine Grundlagen. Neben den Sowjetgütern und den durchgehenden Kollektivwirtschaften entsteht eine zersplitterte «handwerkliche» Landwirtschaft, welche den Arbeitern viel Zeit und den Fabriken (das heißt dem Staat) viele Mittel entzieht. Anderseits entwickelt sich, außerhalb des Fünfjahresplans, in den Riesenbetrieben eine handwerkliche Produktion von Waren des Allgemeingebrauchs, wiederum auf Kosten der geplanten Industriegebiete.

Die Notwendigkeit einer außerordentlichen Landwirtschaft bei Fabriken und einer außerordentlichen Produktion von Waren allgemeinen Gebrauchs entstand aus dem katastrophalen Hervorbrechen des Fehlens der «Smytschka» zwischen der Planproduktion und der bäuerlichen Landwirtschaft — der kollektivisierten ebenso wie der individuellen. Die Lösung der Frage kann keinesfalls auf dem Wege zufälliger Verbesserungen, Erweiterungen und Linderungen liegen. Es ist notwendig, alle grundlegenden Pläne und Methoden in der Richtung der Linderung der Mißverhältnisse zu überprüfen, um einen einigermaßen annehmbaren Warenaustausch zwischen Stadt und Land zu erreichen.

Zu allererst scheinen uns folgende unaufschiebbare Maßnahmen notwendig zu sein:

1. Die Inflation entscheidend zu unterbinden. Den «Tscherwonez» auf einer realen Basis zu stabilisieren — durch Einführung des Budgets (darunter auch des industriellen) in den Rahmen realer wirtschaftlicher Möglichkeiten. Dem «Tscherwonez» die Möglichkeit wiedergeben, die Rolle eines wirtschaftlichen Verrechnungsmittels zu spielen.

2. Auf die zwangsläufige Aufrechterhaltung lebensunfähiger Kollektive zu verzichten. Eine Reihe praktischer Maßnahmen ausarbeiten, die darauf gerichtet sind, daß der Zerfall dieser angeblichen Kollektive in Individualwirtschaften nicht die Interessen der kollektivisierten Dorfarmut treffe und nicht allzu schmerzlich die Lebensmittel- und Rohstoffiage des Landes belaste.

3. Die Politik der «Liquidierung des Kulakentums als Klasse», die ohnehin schon durch eine Reihe von Dekreten der letzten Jahre in der Wurzel angebrochen ist, formell und offen zu liquidieren. Gleichzeitig aber im Auge behalten, daß die Wiederherstellung des Privathandels die Differenzierung im Dorfe (sowohl zwischen als auch in den Kollektiven) vertieft und beschleunigt; ein streng durchdachtes System von Maßnahmen einzuführen, die die ausbeuterische Tätigkeit des Kulakentums einschränken.

4. Die lebensfähigsten unter den Kollektiven in solche technische und ökonomische Bedingungen zu stellen, daß sie, gemeinsam mit den Sowjetgütern, die Versorgung der Industrie und der Städte sicherstellen können.

5. Als Grundlage für den zweiten Fünfjahresplan die wirklichen und nicht die gefälschten Ergebnisse der Erfahrung des ersten Fünfjahresplans zu benützen. Anerkennen, daß die wirtschaftlichen Unregelmäßigkeiten, die schon vor dem Fünfjahresplan bestanden, durch diesen vertieft worden sind und einen bedrohlichen Charakter angenommen haben. Zum höchsten Kriterium des zweiten Fünfjahresplans das Problem der «Smytschka» zu machen.

6. Auf Grund der wirklichen technischen und ökonomischen Gegebenheiten der Erfahrung, sowohl für die Industrie im Ganzen als auch für die einzelnen Unternehmen, reale Möglichkeiten des Wachstums auszuarbeiten. Die wichtigsten Elemente jedes Industrie- und Finanzplanes müssen sein: 1. Versorgung der Unternehmen mit Arbeitskraft von ausreichender Qualität; 2. **Versorgung der Arbeitskraft durch normale Lebensbedingungen**; 3. Sicherstellung gewisser qualitativer Standarde, ohne welche sich der Produktionsprozeß in die Produktion von Ausschuß verwandelt.

7. Eine ernste Gefahr für die ganze Wirtschaft bildet die Verschlechterung aller Formen der Kalkulation und der Verrechnung sowie die außerordentliche Verringerung der Zuverlässigkeit bei allen statistischen Daten, die mit dem Fünfjahresplan und überhaupt mit der Wirtschaftslage des Landes verbunden sind. Die **falsche Statistik** vernichten kann man nur, wenn man **das ganze System der bureaukratischen Lüge vernichtet.** Die wirtschaftliche Atmosphäre zu reinigen und gesund zu machen, vermag nur die **Partei-, Gewerkschafts- und Sowjetdemokratie.**

8. Sich klare Rechenschaft darüber abzulegen, daß die **bevorstehende schwierige wirtschaftliche Umstellung,** die sogar beim Uebergang zur richtigen Politik unvermeidlich sein wird — die Entstehung oder zeitweilige Festigung bürgerlicher Restaurationsbestrebungen begünstigen wird. **Die Wiedergeburt der bolschewistischen Partei als selbsttätiger proletarischer Avantgarde wird in diesen Bedingungen zu einer Frage des Lebens oder Todes der proletarischen Diktatur.** Um eine Aenderung des Wirtschaftskurses herbeizuführen, muß man zu allererst **auf das Stalin-Regime** verzichten, welches die Partei und die Wirtschaft erstickt und die Diktatur zugrunde zu richten droht.

9. Die Jahre der kapitalistischen Krise wurden von der Sowjetregierung im wirtschaftlichen, von der Komintern im agitatorischen Sinne äußerst wenig und systemlos ausgenutzt. Wie die L. O. mehr als einmal festgestellt hat, können und müssen diese beiden Seiten der Sache miteinander eng verknüpft werden. Bei richtigem Herangehen an die Weltwirtschaft konnte man in viel breiterem Umfang die Schwierigkeiten der kapitalistischen Welt ausnützen, um die schärfsten Mißverhältnisse in der Sowjetwirtschaft abzuschwächen und schon damit allein das Lebensniveau der Massen heben.

Die Frage der Zusammenarbeit der Sowjetwirtschaft mit der kapitalistischen Weltwirtschaft muß man praktisch im Zentrum der Aufmerksamkeit der europäischen und amerikanischen Arbeitermassen und insbesondere der Arbeitslosen aufrichten. Es handelt sich nicht nur um mögliche Kredite und Bestellungen, sondern um einen entfalteten Plan, der über **die Grenzen der Sowjetwirtschaft hinausgeht ~~und die kapitalistischen Länder umfaßt.~~ So** unvollkommen unsere Erfahrung ist — sie erlaubt zum erstenmal, mit Zahlen und Tatsachen in der Hand jene gewaltigen und zugleich nahen und unmittelbaren Möglichkeiten zu zeigen, die sich der Planwirtschaft eröffnen, wenn man sie auf die fortgeschrittenen Länder ausdehnt.

*

Wir betrachten diese ersten Entwürfe nicht als irgendeine abgeschlossene Plattform. Ohne Diskussion kann man eine solche nicht ausarbeiten. Das Fehlen der Parteidemokratie lastet doppelt schwer auf der Linken Opposition. Jedenfalls glauben wir, daß sich die L.O. der USSR mit der Ausarbeitung einer kollektiven Meinung beeilen muß, so schwer es auch unter den jetzigen Bedingungen ist.

*

Gleichzeitig halten wir es für zeitgemäß und unaufschiebbar, sofort im Namen der Linken Opposition (Bolschewiki-Leninisten) zu erklären, daß wir heute wie je bereit sind, der zurzeit herrschenden Fraktion die größtmögliche Hilfe zu erweisen — in der Verteidigung des Landes gegen äußere Gefahren wie auch in seiner Herausführung aus den wirtschaftlichen Schwierigkeiten.

Wir haben mehr als einmal erklärt, daß das Gefühl der Rache — kein politisches Gefühl ist. Wir haben uns nicht nach diesem Gefühl gerichtet und haben auch keine Absicht dazu. Es versteht sich aber, daß die **Erziehung der Partei eine ernste und offene Ueberprüfung der Politik der Jahre der fraktionellen Herrschaft der Stalinisten erfordert.** Doch sind wir unsererseits bereit, auch diese kritische Arbeit in die Bahn des gegenseitigen Verstehens und Einverständnisses zu lenken.

Wir sind bereit, alle Kräfte anzustrengen, um den Uebergang von dem heutigen, offensichtlich ungesunden und unhaltbaren Regime, zum Regime der Parteidemokratie, mit möglichst wenig Erschütterungen und Gefahren zu gestalten, mit möglichst geringer Zahl persönlicher Opfer und, endlich, mit möglichst geringem Verlust an der kostbaren Zeit.

Die Einstellung der polizeilichen Unterdrückungsmaßnahmen gegen die Bolschewiki-Leninisten, die Befreiung und Zurückberufung aller Eingekerkerten, Verbannten und Ausgewiesenen muß das erste Signal auf dem Wege zur Wiedergeburt der leninschen Partei werden.

Im Auftrage einer Gruppe von Genossen
N. M.

Leningrad-Moskau, Juli 1932.

Wimpassing

Es ist viel rascher gekommen, als wir geahnt. Raffiniert mit der Direktion kooperierend, hat die sozialdemokratische Gewerkschaftsbürokratie im Handumdrehen die eben erst von der roten Einheitsliste eroberte Position umgerissen. Ist der reformistische Verrat eine Entschuldigung für die Stalin-Bürokratie? Keineswegs! Daß es den sozialdemokratischen Gewerkschaftsbürokraten gelungen ist, die RGO über den Haufen zu werfen, beweist handgreiflich, daß die RGO im besten Falle imstande ist, Teile der über den fortgesetzten reformistischen Verrat erbitterten Arbeiter für den Augenblick herüber zu reißen — aber auch nur für den Augenblick! —, daß sie aber nicht imstande ist, sie zu halten. Die revolutionäre Gewerkschaftspolitik muß von Haus mit dem sozialdemokratischen Verrat rechnen, ihre Taktik von Haus aus so einstellen, daß sie trotz der fortgesetzten Verrätereien der sozialdemokratischen Gewerkschaftsbürokratie die Arbeiter für die revolutionäre Gewerkschaftslinie gewinnt und sie trotz des sozialdemokratischen Verrats auf dieser Linie hält. Würde sich die Politik der KPD und insbesondere die revolutionäre Gewerkschaftspolitik auf der Linie der proletarischen Einheitsfronttaktik bewegen, dann würde den Reformisten der Verrat wesentlich erschwert, sie würden dabei immer wieder Haare lassen, die revolutionäre Gewerkschaftsopposition würde an Boden gewinnen und ihn trotz zeitweiliger Rückschläge im großen und ganzen dauernd behaupten und ausbauen. Siemens, Seegraben, Wimpassing zeigen jedem denkenden Kommunisten: Schluß mit der RGO-Politik — vorwärts wieder auf die leninsche Gewerkschaftslinie der innergewerkschaftlichen revolutionären Gewerkschaftsopposition!

Arbeiterkulturbund „Spartakus"

Sitz: XVI., Hasnerstraße 50, Gasthaus Kraus.

30. Oktober: Zusammenkunft 9 Uhr, Endstation Grinzing. Ueber Jägerwiese ins Weidlingtal. Nachmittagstreffpunkt 1/4 4 Uhr im Gasthaus Fischer auf der Rohrerwiese am Waldrand. (Nachmittagspartie 2 Uhr ab Endstation Sievering.)

6. November: Zusammenkunft 9 Uhr, Endstation Stadtbahn Hütteldorf. Ueber Knödelhütte nach Sophienalpe. Nachmittagstreffpunkt 1/4 4 Uhr Hameau. (Nachmittagspartie 2 Uhr ab Endstation Neuwaldegg.)

Leo Trotzki:

Der Widerspruch zwischen den Wirtschaftserfolgen der USSR und der Bureaukratisierung des Regimes

(Schluß.)

Das allgemeine Selbstbewußtsein des Proletariats ist gegenwärtig durchaus nicht jenes wie in den Jahren 1922—23. Das Proletariat ist zahlenmäßig und kulturell gewachsen. Nachdem sie eine gigantische Arbeit der Wiedergeburt und des Aufschwunges der Wirtschaft vollbracht haben, fühlen die Arbeiter Wiedergeburt und Aufschwung des eigenen Selbstvertrauens. Diese gesteigerte innere Sicherheit beginnt in **Unzufriedenheit mit dem bureaukratischen Regime umzuschlagen.**

Drosselung der Partei, Aufblühen des persönlichen Regimes und persönlicher Willkür können auf den ersten Blick die Vorstellung der Schwäche des Sowjetsystems hervorrufen. Denn ist aber nicht so. Das Sowjetsystem ist außerordentlich erstarkt; gleichzeitig aber hat sich der Widerspruch zwischen diesem System und seinem bureaukratischen Schraubstock außerordentlich verschärft. Der stalinsche **Apparat sieht mit Bestürzung, daß die ökonomischen Erfolge seine Stellung nicht befestigen, sondern untergraben. Im Kampf um seine Position ist er gezwungen, die Schrauben noch stärker anzuziehen und alle Arten «Selbstkritik» zu untersagen, ausgenommen byzantinisches Lob auf den Führer.**

Nicht zum erstenmal in der Geschichte gerät die wirtschaftliche Entwicklung in Widerspruch mit den politischen Bedingungen, in deren Rahmen sie sich vollzieht. Doch muß man klar erfassen, welche von diesen Bedingungen die Unzufriedenheit hervorrufen. Die heraufziehende

oppositionelle Welle

ist nicht im geringsten gegen die sozialistischen Aufgaben, die Sowjetformen oder die Kommunistische Partei gerichtet. Die Unzufriedenheit richtet sich gegen den Apparat und dessen Personifikation, Stalin. Daher ein neuer Abschnitt des wütenden Kampfes mit der sogenannten «trotzkistischen Konterbande».

Der Gegner beginnt ungemütlich zu werden, er ist überall und nirgends. Er spukt in Werkstätten, in Schulen, dringt in historische Revuen und in alle Lehrbücher. Das heißt: Tatsachen und Dokumente belasten die Bureaukratie, indem sie deren Schwankungen und Fehler aufdecken. Man darf nicht ruhig und objektiv über den gestrigen Tag nachdenken, man muß den gestrigen Tag umgestalten, muß alle Ritzen verkleben, durch die ein Verdacht über die Unfehlbarkeit des Apparates und seines Hauptes durchdringen könnte. Wir haben alle Züge einer kopflos gewordenen herrschenden Schicht vor uns. Jaroslawski, Jaroslawski selbst ist unzuverlässig geworden! Das sind keine Zufallsepisoden, keine Kleinigkeiten, keine persönlichen Zusammenstöße: die Wurzel der Sache ist darin zu suchen, daß die wirtschaftlichen Erfolge, die auf ihren ersten Stufen die Bureaukratie gefestigt hatten, nun durch die Dialektik der Entwicklung der Bureaukratie gegenübergestellt sind. Deshalb ist auch auf der letzten Parteikonferenz, d. h. dem Kongreß des stalinschen Apparates, der drei- und viermal geschlagene und bestattete «Trotzkismus» zur «Avantgarde der bürgerlichen Konterrevolution» ernannt worden.

Dieser läppische und politisch durchaus nicht schreckliche Beschluß lüftet den Vorhang über einigen ganz «praktischen» Plänen Stalins auf dem Gebiete persönlicher Strafgerichte. Nicht umsonst hat Lenin vor der Ernennung Stalins zum Generalsekretär gewarnt: «Dieser Koch wird nur scharfe Suppen zubereiten.» Der Koch hat seine kulinarischen Künste noch nicht erschöpft.

Wie sehr auch die theoretischen und administrativen Schrauben angezogen werden — Stalins persönliche Diktatur nähert sich offenkundig dem Untergang. Der Apparat ist voller Sprünge. Die Ritze namens Jaroslawski ist eine von den hundert Ritzen, die heute noch nicht bei Namen genannt werden. **Der Umstand, daß sich die neue politische Krise vorbereitet auf der Basis erwiesener und unzweifelhafter Erfolge der Sowjetwirtschaft, zahlenmäßigen Wachstums des Proletariats und erster Erfolge der kollektiven Landwirtschaft, bietet ausreichende Gewähr dafür, daß die Liquidierung der bureaukratischen Selbstherrschaft nicht mit einer Erschütterung des Sowjetsystems zusammenfallen wird, wie man noch vor drei bis vier Jahren befürchten konnte, sondern mit dessen Befreiung, dessen Aufschwung und Blüte.**

Aber gerade in dieser ihrer letzten Periode ist die stalinsche Bureaukratie fähig, viel Unheil anzurichten. Die Personenfrage ist jetzt für sie die zentrale Frage der Politik geworden. Werden unpolitische Historiker aus der Partei ausgeschlossen, weil sie Stalins Heldentaten von 1917 nicht zu verherrlichen verstanden haben, kann da das Plebiszitregime die Anerkennung der eigenen Fehler vom Jahre 1931—32 zulassen? Kann es auf die Theorie des Sozialfaschismus verzichten? Kann es Stalin desavouieren, der als Weisen der deutschen Politik formuliert hat: zuerst mögen die Faschisten kommen und dann wir?

An und für sich sind die objektiven Bedingungen in Deutschland so geheuerlich, daß, wenn die Leitung der deutschen Kommunistischen Partei die notwendige Aktionsfreiheit besäße, sie schon längst sich nach unserer Seite hin orientiert haben würde. Doch sie ist nicht frei. Während die **Linke Opposition** die durch den Sieg von 1917 überprüften Ideen und Losungen des Bolschewismus aufstellt, befiehlt die **Stalinclique,** zwecks Ablenkung, telegraphisch die Eröffnung einer internationalen Kampagne gegen den «Trotzkismus». Die Kampagne entbrennt nicht auf der Grundlage der Fragen der deutschen Revolution, d. h. von Leben und Tod des Weltproletariats, sondern auf Grund des kläglichen und falsifikatorischen Artikels von Stalin über die Fragen der Geschichte des Bolschewismus. Man kann sich schwer ein größeres Mißverhältnis zwischen den Aufgaben der Epoche einerseits und den kläglichen geistigen Hilfsquellen der offiziellen Führung andererseits vorstellen. Dieses ist die erniedrigende, unwürdige und zugleich tief tragische Situation der Komintern.

Das Problem des stalinschen Regimes und das Problem der deutschen Revolution sind durch einen völlig untrennbaren Knoten miteinander verbunden. Die kommenden Ereignisse werden diese Knoten lösen oder zerhauen — im Interesse der russischen wie auch der deutschen Revolution.

Aus der Partei

Rechtsopposition bei der SP gekundet

Die tschechische Rechtsopposition (Muna, Sturc, Hais) haben sich mit der tschechischen Sozialdemokratie vereinigt. Die Rechtsopposition ist eine Brücke zur Sozialdemokratie, haben wir immer gesagt. Die «Arbeiter-Zeitung» (22. Oktober) bestätigt das: «die Rechtsopposition sah ihre Aufgaben darin, die Gegensätze zwischen der SP und KP zu überbrücken.» Wohin das führt, zeigt die tschechische Erfahrung. Die Rechten bekämpfen nur die ultralinken Wendungen Stalins, seine Wendungen nach rechts, seine opportunistischen Zickzacks, den Opportunismus, der das Grundwesen der stalinschen Politik ist, unterstützen sie. Genau dasselbe tut die Sozialdemokratie. Es ist das objektiv unvermeidliche Ergebnis der Rechtspolitik, wie sie führend von der Brandler-Gruppe betrieben wird, daß sie zur Sozialdemokratie, zum Reformismus überleitet. Das tschechische Beispiel wird manchem ehrlichen Arbeiter in den Reihen der Rechtsopposition die Augen öffnen. Vor allem aber vereinfacht die Demaskierung der Rechten die Verhältnisse in den Kommunistischen Parteien, erleichtert den Mitgliedern, sich zu orientieren, und der Linksopposition den Kampf um die Gesundung der Partei.

Wieder einer. Schlamm, der Führer der Rechten in Oesterreich, ist Redakteur eines linksbürgerlich-pazifistischen Blattes geworden. Ein würdiger Abschluß. Die RF vergißt zu sagen, daß dieser Schlamm der politische Kopf des Arbeiter-ZK Koplenig-Ziegler gewesen ist und daß wir aus der Partei 1927 ausgeschlossen worden sind von den Verbündeten Koplenig, Schlamm und Ziegler! Der linksbürgerliche Pazifist Schlamm ist um nichts schlechter als die vielen Hunderte bürgerlicher Pazifisten, die die Stalinbürokratie auf dem Antikriegskongreß in Amsterdam um sich gesammelt hat. Auf den linksbürgerlichen Pazifisten Schlamm zu schimpfen, mit anderen linksbürgerlichen Pazifisten aber zusammenzuarbeiten, ist verlogen.

Und noch eine. Isa Strasser ist den Weg Schlamms mitgegangen. Sie stand immer rechts und unterstützte daher begeistert alle Fraktionen, die gegen uns kämpften, mochten sie noch so lumpig sein. Jetzt ist sie linksbürgerliche Pazifistin. Und sie wurde uns auch eine Zeit lang als die Achse ausgegeben, um die sich in Oesterreich die Linksopposition zu gruppieren hat...

Aus der Opposition

Ein treffliches Wort

Der Intrigant Landau hat sich vor einigen Monaten an Gen. Trotzki mit dem Antrag gewendet, einen «Block» mit der «Landauopposition» zu schließen. Wir entnehmen darüber einem Brief Trotzkis, von dem wir erst jetzt erfahren, folgendes:

Trotzki bezeichnet darin die Landaugruppe mit Recht als «ideenlose und intrigantenhafte Gruppe». Er sagt: «Gerade die Erfahrung der Zusammenarbeit hat bewiesen, daß ein gemeinsamer Boden nicht vorhanden ist. Trotz unserer all zu duldsamen Handlungsweise diesen politisch und moralisch zersetzten Elementen gegenüber»... Schließlich heißt es darin wörtlich:

«Sie (diese Elemente) wollen, daß wir unserer Organisation einen Apparat der Demoralisierung und der Sabotage anschließen. Ich habe selbstverständlich nicht geantwortet und gedenke ihnen auch nicht zu antworten. Die Linke Opposition wäre nicht der Beachtung wert, würde sie nicht gelernt haben, aus eigenen Erfahrungen Gruppen und Menschen einzuschätzen nicht auf Grund wohlfeiler Formeln, sondern auf Grund der tatsächlichen Arbeit. Ich zweifle nicht, daß sich in den Reihen der Internationalen Opposition kein ernster Revolutionär finden wird, der seine Stimme dazu hergeben wird, in Verhandlungen welcher Art auch immer zu treten mit pleitegegangenen kleinen Intriganten.»

Ausgezeichnet! Wir sagen dasselbe: Die KPOe (Opposition) wäre nicht der Beachtung wert, würde sie nicht gelernt haben, Gruppen und Menschen einzuschätzen, nicht auf Grund wohlfeiler Formeln, sondern auf Grund der tatsächlichen Arbeit.

Ungarn. In Ungarn hat sich der faschistische Terror seit dem verbrecherischen Mord an den beiden kommunistischen Führern Fürst und Szallay ungeheuer verschärft. Es vergehen keine zwei Tage ohne neue Verhaftungen. Im letzten Monat sind vier Genossen der Opposition den Verhaftungen zum Opfer gefallen. Vor kurzem hat die Partei (KPU) eine illegale Demonstration in Budapest veranstaltet, an der sich die Opposition zahlreich beteiligt hat. Mehrere Genossen wurden verhaftet, darunter zwei Genossen der Opposition.

Bezirksorganisation XII/V. Jeden Freitag abends: Gasthaus Kirchner, XII., Rosaliagasse Nr. 11.

Bezirksorganisation XVI. Jeden Freitag abends: Gasthaus Kraus, XVI., Hasnerstraße 50.

Bezirksorganisation XVIII. Jeden Donnerstag, 8 Uhr, im bekannten Lokal.

Bezirksorganisation XXI. Jeden Freitag abends im Gasthaus Renda, XXI., Brünnerstraße 51.

Bezirksorganisation Graz: Auskünfte, Zuschriften an die «Arbeiter-Stimme» werden entgegengenommen jeden Donnerstag, 7 bis 8 Uhr abends, im Kommunekeller Eggenberg, Rochelgasse 52.

Eigentümer: Kommunistische Partei Oesterreichs (Opposition). — Herausgeber und Verleger: Josef Frey, XII., Schönbrunnerstraße Nr. 236. — Verantwortlicher Redakteur: Max Stintschitsch, Wien, XVI., Sautergasse 27. — Druck: «Ideal», Wien, VII.